

26/IX. 1918

Ungarn und die südslawische Frage. Mitteilungen von unterrichteter Seite.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 25. September.

Von einer Persönlichkeit, die mit der südslawischen Frage vollkommen vertraut ist, erhält Ihr Korrespondent die folgenden Mitteilungen:

In den hiesigen maßgebenden Kreisen haben die Nachrichten, die aus Wien hier eingetroffen sind, unangenehm überrascht. Dies gilt insbesondere von der Forderung, daß Oesterreich eventuell Anspruch auf drei westungarische Komitate erheben will. Von seiten der Regierung wird erklärt, daß der österreichischen Regierung derartige Tendenzen nicht nur ferne liegen, sondern daß sie die Möglichkeit einer Diskussion solcher Ideen auf das entschiedenste perhorreszieren. Was die Lösung der südslawischen Frage betrifft, so hat Dr. Wekerle ausdrücklich erklärt, daß diese Frage nicht von ungarischer Seite initiiert wurde, daß jedoch das Ministerium in dem Augenblicke, als diese Angelegenheit von anderer Stelle in den Vordergrund gerückt wurde, pflichtgemäß eine Lösungsmodalität in Vorschlag brachte. Dieser Vorschlag der ungarischen Regierung ist, wie es scheint, in Oesterreich von südslawischer Seite zum Teil unrichtig wiedergegeben worden. Es wird nämlich behauptet, daß Ungarn sich Dalmatien angliedern wolle. Ein solcher Gedanke liegt nicht nur der ungarischen Regierung, sondern auch allen ungarischen Parteien fern und er ist auch in den Verhandlungen niemals aufgetaucht, konnte daher auch nicht den Gegenstand der Ablehnung bilden. Es hängt nur von Oesterreich ab, ob es der Abtrennung Dalmatiens zustimmen will.

Was Bosnien und die Herzegowina betrifft, wird hier betont, daß durch eine Angliederung dieser Länder an Kroatien und eventuell durch eine Einverleibung Dalmatiens das serbische Element dem kroatischen gegenüber eine Verstärkung erfahren würde. In Bosnien und der Herzegowina leben zirka 800.000 Mohammedaner, 400.000 Kroaten und 600.000 Serben. Diese Serben Bosniens und der Herzegowina haben dort jetzt schon eine sehr mächtige Stellung und würden, wenn sie durch die Serben in Kroatien-Slawonien, die bekanntlich die führende

Stellung innehaben, verstärkt würden, das ganze Territorium unter serbische Führung bringen.

Graf Tisza hat sich jetzt auf seiner Reise im Süden dahin ausgesprochen, er hege die Befürchtung, daß das südslawische Programm nur ein Deckmantel für die großserbische Bewegung sei. Es müßte demnach, wenn die südslawische Frage gelöst werden soll, verhindert werden, daß diese in serbischem Sinne erfolge. Die sogenannte ungarische Lösung würde nach Ansicht der hiesigen Kreise die Sicherheit bieten, daß in Bosnien und der Herzegowina keine großserbische Politik getrieben werden könnte. Es ist aber irrig, zu glauben, daß man in Ungarn für die Angliederung Bosniens und der Herzegowina besonders begeistert ist. Wenn in Oesterreich die Auffassung herrscht, daß die sogenannte ungarische Lösung für die Monarchie nicht wünschenswert sei, besteht von ungarischer Seite nicht das geringste Hindernis, den Status quo aufrecht zu erhalten. Es wird aber unbedingt eine Veränderung in der kroatischen Regierung eintreten, um dort die staatsstreuen Elemente zu stärken. Dies hält man hier für die erste Voraussetzung zur Lösung des südslawischen Problems.